

Antrag

der AfD-Fraktion

Ernährungssicherheit gewährleisten, Flächenfraß stoppen, keine weiteren Verluste an landwirtschaftlichen Flächen hinnehmen

Der Landtag stellt fest:

Der Selbstversorgungsgrad Deutschlands lag bei Agrarrohstoffen in den letzten Jahren durchschnittlich bei lediglich ca. 80 Prozent. Eine Unterversorgung zeigt sich insbesondere bei den Agrarrohstoffen Obst und Gemüse.¹ Um unseren Bedarf zu decken, muss daher ein erheblicher Teil importiert werden. Diese Importabhängigkeit ist durch die zunehmende Störanfälligkeit der globalen Lieferketten problematisch. Um den Selbstversorgungsgrad mit Agrarrohstoffen im Rahmen einer möglichst regional ausgerichteten Ernährungsstrategie zu erhöhen und auf diese Weise die Nahrungsmittelversorgung auch in Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist es erforderlich, die sich in den letzten Jahren aufgrund der Flächenkonkurrenz verschärfenden agrarpolitischen Zielkonflikte einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bis zum zweiten Quartal 2024 ein Konzept zum Erhalt von Acker- und Grünlandflächen in Brandenburg zu erarbeiten, um weitere Flächenverluste, insbesondere durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen, weitgehend unterbinden zu können.
2. bis zum Ende des dritten Quartals 2023 eine Definition von Agrarbetrieben zu erarbeiten, die die Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt stellt und die im Zusammenhang mit dem geplanten Agrarstrukturgesetz sowie bezüglich der Vergabe von BVVG-Flächen² die Grundlage dafür bilden soll, den Missbrauch der bestehenden agrarpolitischen Förderinstrumente seitens reiner „Energiebauern“ oder seitens Immobilienspekulanten und nichtlandwirtschaftlicher Investoren³ wirksam eindämmen zu können.

¹ Vgl. „Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland (2020, in Prozent)“, in: https://www.ble.de/Shared-Docs/Downloads/DE/BZL/Informationsgrafiken/220225_Selbstversorgungsgrad.html, abgerufen am 06.03.2023.

² Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist ein staatliches Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Aufgaben der BVVG sind die Verwaltung, Verpachtung und der Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer, vgl. „BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH“, in: https://de.wikipedia.org/wiki/BVVG_Bodenverwertungs-_und_-verwaltungs_GmbH, abgerufen am 27.03.2023.

³ Für Diskussionen im Zusammenhang mit dem Vorwurf des „Landgrabbing“ sorgte bspw. Anfang März der geplante Verkauf des Agrarbetriebes Röderland aus Elbe-Elster an eine Immobilienfirma aus Leipzig, vgl.

Um Landwirtschaft als Unternehmensziel gewährleisten zu können, soll bspw. im Fall der Agrargenossenschaften der Beitrag von Windindustrieanlagen oder Photovoltaik-Freiflächenanlagen am Gesamtumsatz maximal 20 Prozent betragen dürfen.

3. sich im Rahmen der Agrarministerkonferenz dafür einzusetzen, dass bis zum zweiten Quartal 2024 eine Studie erarbeitet wird, aus der hervorgeht, wie die einzelnen Bundesländer dazu beitragen können, den Selbstversorgungsgrad Deutschlands mit Agrarrohstoffen in den nächsten zehn Jahren auf 100 Prozent zu steigern.
4. sich im Rahmen der Agrarministerkonferenz dafür einzusetzen, dass von den im Zuge der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) ursprünglich vorgesehenen Flächenstilllegungen abgesehen wird.

Begründung:

Die Landwirtschaft gehört zur Kritischen Infrastruktur Brandenburgs und sichert unsere tägliche Versorgung mit Lebensmitteln. Gerade in Krisenzeiten benötigen wir eine starke und stabile heimische Land- und Ernährungswirtschaft. Trotz der im Altparteien-Kartell verbreiteten Abneigung, auf der Grundlage von geopolitischen Erwägungen überhaupt nationale Interessen zu formulieren, hat auch die Brandenburger Landesregierung erkannt, dass bezüglich der bestehenden landwirtschaftlichen Zielkonflikte der Ernährungssicherheit Vorrang eingeräumt werden sollte.⁴

Dabei ist jedoch widersprüchlich, dass die Landesregierung gleichzeitig eine politische Agenda vorantreibt bzw. unterstützt, die zu immer weitgehenderen Auflagen und Einschränkungen für die Landwirtschaft führt, bspw. im Zusammenhang mit der geplanten großflächigen und unverhältnismäßigen Wiedervernässung von Moorstandorten. Darüber hinaus konnte der Flächenfraß, der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen (bspw. durch Industrieansiedlungen), auch in Brandenburg aus landwirtschaftlicher Sicht noch immer nicht weitgehend genug eingeschränkt werden. Der Verlust liegt weiterhin bei ca. 0,5 Hektar täglich.⁵

Neuerdings besteht darüber hinaus eine besonders intensive Flächenkonkurrenz durch den Aufbau von PV-Freiflächenanlagen. In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, dass agrarpolitische Förderinstrumente zunehmend missbräuchlich verwendet werden könnten. Daher ist es erforderlich, endlich zielgerichtet dafür Sorge zu tragen, dass Bauernland künftig in Bauernhand verbleibt und dass die heimische Ernährungssicherheit bestmöglich gewährleistet werden kann.

„Röderland Verkauf: Einstieg mit Fragezeichen“, in: <https://www.bauernzeitung.de/news/brandenburg/roederland-verkauf/>, abgerufen am 20.03.2022.

⁴ Vgl. Antwort der Landesregierung vom 25.07.2022 auf die Kleine Anfrage „Auswirkung der ‚Teller-Tank-Debatte‘ auf die zukünftige Förderpolitik für Energiepflanzen“, Drucksache 7/5919, in: https://www.parlament-dokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_5900/5919.pdf, abgerufen am 23.03.2023.

⁵ Vgl. „Siedlungs- und Verkehrsfläche“, in: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/HZ_202003-04-32, abgerufen am 06.03.2023.